



Arbeitskräftemangel, Europapolitik

Starrer Bevölkerungsdeckel **verschärft die Probleme** der Schweiz

27.05.2026

Auf einen Blick

- Eine neue Studie im Auftrag des Bundes schätzt, dass die Kosten eines starren Bevölkerungsdeckels die Entlastungen deutlich übersteigen.
- Eine fixe Obergrenze würde die bestehenden Herausforderungen beim Arbeitskräftemangel, im Gesundheitswesen und bei der AHV weiter verschärfen.
- economiesuisse lehnt den starren Bevölkerungsdeckel klar ab. Stattdessen braucht es gezielte Lösungen bei Wohnungsmarkt, Infrastruktur und Asylwesen.

Am 14. Juni stimmen wir über einen starren Bevölkerungsdeckel ab. Nun zeigt eine externe Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Migration (SEM), die im Rahmen zweier parlamentarischer Vorstösse erstellt wurde, die potenziellen Auswirkungen auf: Die Begrenzung der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz auf 10 Millionen Menschen hätte weitreichende Folgen für Wirtschaft, Sozialversicherungen und die bilateralen Beziehungen zur EU.

Kosten übersteigen Entlastungen massiv

So zeigt die Studie, dass eine Begrenzung der Bevölkerung auf 10 Millionen in der Gesamtbilanz mit erheblichen volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Kosten verbunden wäre. Zwar führt eine Begrenzung laut der Studie auch zu entlastenden Effekten, insbesondere beim Wohnungsmarkt, bei der Infrastruktur und der Umwelt sowie bei einzelnen bedarfsabhängigen Sozialleistungen wie Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe. Doch diese Entlastungen sind in ihrer Grössenordnung deutlich geringer als die geschätzten Kosten.

Verschärfung der Herausforderungen bei Arbeitskräftemangel, Gesundheit und AHV

Die fiskalischen Kosten eines Deckels wären substantiell: Das AHV-Umlageergebnis würde sich gemäss der Studie über Jahrzehnte um mehrere Milliarden Franken pro Jahr verschlechtern, während die Steuereinnahmen stärker sinken als die Ausgaben, etwa für Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe. Gleichzeitig würde der Anteil der Gesundheitskosten am Volkseinkommen stärker steigen als ohne Begrenzung.

Besonders betroffen wäre der Arbeitsmarkt. Laut der Studie würden bis 2050 mehrere hunderttausend Erwerbstätige fehlen. Überdurchschnittlich betroffen wären Branchen, die bereits heute unter Arbeitskräftemangel leiden, etwa das Gastgewerbe, die Industrie sowie das Gesundheits- und Pflegewesen. Gerade im Pflegebereich würde der steigende Bedarf einer alternden Bevölkerung auf ein kleineres Arbeitskräfteangebot treffen.

Auch die AHV geriete zusätzlich unter Druck: Die Studie geht davon aus, dass sich die Finanzierungslücke deutlich vergrössern würde. Um

diese zu schliessen, wären langfristig zusätzliche Finanzierungsquellen nötig, etwa höhere Lohnbeiträge, Steuererhöhungen oder Leistungskorrekturen. Gleichzeitig würden höhere Gesundheitskosten auf weniger Erwerbstätige verteilt, was die Belastung pro Kopf weiter erhöhen könnte.

Ländliche Regionen und Versorgungssicherheit besonders betroffen

Die Auswirkungen einer starren Begrenzung würden sich regional unterschiedlich zeigen. Besonders ländliche und periphere Regionen, die bereits heute stärker von der Alterung betroffen sind, müssten gemäss Studie mit zusätzlichen Herausforderungen rechnen. Dazu zählen Risiken bei der medizinischen Grundversorgung, zunehmender Arbeitskräftemangel, beschleunigte Abwanderung sowie mögliche Schulschliessungen infolge sinkender Schülerzahlen.

Vorteile der Arbeitskräftezuwanderung überwiegen

Die Studie zieht insgesamt ein klares Fazit: Eine dauerhafte Begrenzung der Zuwanderung verschärft genau jene Probleme, mit denen die Schweiz bereits heute kämpft: demografische Alterung, Arbeitskräftemangel und steigende Gesundheitskosten. Gleichzeitig schränkt sie den politischen Handlungsspielraum ein.

Aus Sicht von *economiesuisse* bestätigt die Studie, dass die Vorteile der Arbeitskräftezuwanderung für Wohlstand, Sozialwerke und Versorgungssicherheit insgesamt überwiegen. Ein starrer Bevölkerungsdeckel ist hingegen kein sinnvolles Instrument für die alternde Schweiz. *economiesuisse* lehnt die Chaos-Initiative deshalb klar ab. Stattdessen müssen die bestehenden Herausforderungen bei der Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials, beim Wohnungsmarkt, bei der Infrastruktur und im Asylwesen konsequent angegangen werden. Mehr Informationen dazu finden Sie im letzten Kapitel unseres [Dossierpolitik](#).



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung



Guido Saurer

Stv. Bereichsleiter Wirtschaftspolitik & Bildung

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch